

**Vernichtet durch Rot-Grün:  
630.000 Stellen in zwei Jahren!**

ARBEITSPLÄT



[www.projekt-wirtschaftswachstum.de](http://www.projekt-wirtschaftswachstum.de)

Besser für die Menschen.



**CDU**

## „Wachstum“ – unter Rot-Grün ein Fremdwort

**Jetzt ist es amtlich: Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2003 zum zweiten Mal seit der Wiedervereinigung geschrumpft.**

Die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind ernüchternd: Das Brutto-

inlandsprodukt (BIP) fiel um Preiseffekte bereinigt um 0,1 Prozent. Die Wachstumsprognosen, die vor einem Jahr zwischen 0,7 und 1,5 Prozent lagen, wurden nicht erfüllt. Mit diesem Minus wurde selbst der ▶

### INHALT

Dokumentation:  
17. Parteitag in Leipzig  
(Teil 4 und Schluss)  
„Sonstige Beschlüsse“  
„Änderung des Satzungsrechtes“  
und Bericht der Rechnungsprüfer  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ „Wachstum“ – unter Rot-Grün ein Fremdwort Seite (1–3) ■ Projekt Wachstum: Arbeitsstrukturen festgelegt (Seite 4) ■ Dialogforum Musikwirtschaft: Musikunterricht weg vom Neben-Nebenfach (Seite 5) ■ Katherina Reiche: Die SPD-Innovationsoffensive: leere Versprechen ohne Substanz (Seite 6) ■ Schleswig Holstein: Wir sind gut aufgestellt. (Seite 7) ■ Mitgliederwerbung: 2003 über 20.000 neue Mitglieder! (Seite 8) ■ kurz und bündig (Seite 9–11) ■ Michael Meister: Maßnahmen-Mix gegen Schwarzarbeit (Seite 12) ■ Hartmut Schauerte, Otto Bernhardt: Rot-Grünes Chaos bei Schwarzarbeitsregeln Seite (12–13) ■ Martina Krogmann: Spammen ist strafwürdig (Seite 13–14) ■ Servicepunkt: CI-Prozess: Neue Schrift eingetroffen

► „untere Erwartungshorizont unterschritten“ stellte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, bei der Vorstellung der Zahlen fest. Das Staatsdefizit liegt nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bei 4 Prozent des BIP. Damit wird die Grenze von 3 Prozent gemäß des Maastricht-Vertrags deutlich überschritten. Dass die kürzlich von Bundesfinanzminister Hans Eichel bekannt gegebenen Daten zum Bundeshaushalt und insbesondere der geringere Zuschuss für die Bundesagentur für Arbeit die Defizitquote von vier Prozent verbessern könnten, wollte das Statistische Bundesamt nicht bestätigen.

### Negative Tendenz

Die einzelnen Konjunkturdaten zeigte eine deutlich negative Tendenz: Die Anlageinvestitionen fielen im dritten Jahr in Folge, der private Konsum im zwei-

ten Jahr. Die verfügbaren Einkommen stiegen um 0,9 Prozent, die Konsumausgaben nur um 0,8 Prozent. Die Sparquote erhöhte sich von 10,6 auf 10,8 Prozent. Den Exportüberschuss bezifferten die Statistiker nur noch mit 97 Mrd. Euro gegenüber 101 Mrd. im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel 2003 im Jahresdurchschnitt um 392.000 auf 38,3 Millionen.

Wirtschaftsverbände machten die Politik der Bundesregierung für den Rückgang der Wirtschaftsleistung verantwortlich. Von einem „neuen Tiefpunkt“ in der wirtschaftlichen Entwicklung sprach der deutsche Industrie- und Handelskammertag. Aus Sicht des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels hat die Bundesregierung die Wirtschaftsreformen „viel zu spät und viel zu zaghaft angegangen“. Die Wachstumsprobleme in Deutschland seien weiter ungelöst.

Nach drei Jahren der Stagnation rechnen die Ex-

## IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhoferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-220 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33, Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



perten für das Jahr 2004 nun wieder mit einem Wachstum. „Es deutet sich eine schwache Erholung an,“ sagte Hahlen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält nach den veröffentlichten Zahlen die Überwindung der Stagnation auch in diesem Jahr nicht mehr für sicher. Die Entwicklung im vierten Quartal 2003 sei „enttäuschend“, sagte DIW-Konjunktexperte Gustav Horn der Nachrichtenagentur AFP. Auch der aktuelle Anstieg des ZEW-Konjunkturbarometers, das das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung monatlich erhebt, wird von Experten zurückhaltend bewertet. Entscheidend sei, dass die Wettbewerbsfähigkeit nicht dauerhaft leide und die Reformen in Deutschland weitergingen, erklärte ZEW-Chef Franz.



„Wachstumsbremsen zu analysieren und ein effizientes Konzept für nachhaltigen Aufschwung zu entwerfen.“ Diese Aufgaben beschloss der Bundesvorstand in der „Hamburger Erklärung“ als Arbeitsschwerpunkt für das Jahr 2004.

Zu Ihrer besseren Information hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein Sonderportal ins Internet gestellt. Auf [www.projekt-wachstum.de](http://www.projekt-wachstum.de) finden Sie neben einer aktuellen Berichterstattung alle wichtigen Beschlüsse zu den Reformplänen der Union. Die Seiten sind hervorragend dazu geeignet, sich einen schnellen und umfassenden Überblick zu verschaffen. Nutzen Sie die Gelegenheit, Freunde und Bekannte und natürlich auch den politischen Gegner auf diese Plattform zu verweisen.

## UN-PROGNOSE: 2004 WELTWEIT 3,5 % WIRTSCHAFTSWACHSTUM

**Die Weltwirtschaft wird in diesem Jahr laut einer Prognose der Vereinten Nationen um 3,5 Prozent wachsen.**

Im abgelaufenen Jahr hatte der Wert 2,5 Prozent betragen und in den beiden Jahren davor jeweils unter zwei Prozent

gelegen. Als Konjunkturlokomotive fungieren die USA, direkt dahinter leistet auch China einen zunehmend größeren Beitrag, wie die UN-Ökonomen mitteilten. Für Europa sagte die UN ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum in die-

sem Jahr von rund zwei Prozent vorher, für Südstasien dagegen 6,25 Prozent – hier spielen China und Indien die Vorreiterrolle. Der Prognose zufolge wird der Welthandel 2004 um 7,5 Prozent wachsen, 2003 waren es 4,7 Prozent.

## Projekt Wachstum

## Arbeitsstrukturen festgelegt

**Die CDU hält das Tempo in der Reformdebatte weiter hoch.**

Nach der Verabschiedung der Hamburger Erklärung durch den Bundesvorstand hat CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer der Öffentlichkeit den Personkreis vorgestellt, dem bei der Umsetzung „Projekt Wachstum“ Schlüsselpositionen zukommen werden.

Die acht in der Hamburger Erklärung definierten Arbeitsfelder würden bis zum Sommer abgearbeitet werden, kündigte Laurenz Meyer an. Die Ergebnisse würden dann in einem „Masterplan Deutschland“ zusammengefasst und als Leitantrag des Bundesvorstands an den Parteitag in Düsseldorf im Dezember eingebracht. Zuvor würde der „Masterplan Deutschland“ der Partei auf Regionalkonferenzen vorgestellt, sagte der Generalsekretär.



■ **Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen**

**Franz Josef Jung**, Vorsitzender der hessischen Landtagsfraktion und Mitglied des CDU-Bundesvorstands



■ **Mehr Wachstum durch mehr Wettbewerb**

**Hildegard Müller**, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied des CDU-Präsidiums



■ **Mehr Wachstum durch technologische Innovation**

**Jürgen Rüttgers**, MdL, Landesvorsitzender der CDU Nordrhein Westfalen und stellv. CDU-Vorsitzender



■ **Mehr Wachstum durch Qualifikation und Elitenbildung**

**Annette Schavan**, MdL, baden-württembergische Kultusministerin und stellv. CDU-Vorsitzende



■ **Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur**

**Peter-H. Carstensen**, MdB, Vorsitzender der CDU Schleswig Holstein, Mitglied des CDU-Bundesvorstands



■ **Neue Wachstumsstrategien für Regionen im Strukturwandel**

**Dieter Althaus**, Thüringischer Ministerpräsident und Mitglied des CDU-Präsidiums



■ **Wachstumschancen durch die EU-Erweiterung**

**Georg Milbradt**, Ministerpräsident des Landes Sachsen und Mitglied des CDU-Präsidiums



■ **Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten**

**Peter Müller**, Saarländischer Ministerpräsident. und Mitglied des CDU-Präsidiums



**WEB-TIPP**

- Umfangreiche Informationen zum Wachstumsprojekt finden Sie auf [www.projekt-wachstum.de](http://www.projekt-wachstum.de)



# Musikunterricht weg vom Neben-Nebenfach

Auf der 6. Sitzung des Dialogforums Musikwirtschaft der CDU Deutschlands mit dem Schwerpunktthema **musikalische Bildung** forderten die Hessische Kultusministerin, Karin Wolff, und der Vorsitzende des Dialogforums Musikwirtschaft, Steffen Kampeter, eine **Stärkung des Faches Musik**. Es müsse weg vom **Neben-Nebenfach**, hin zu einer **zentralen Rolle der schulischen Ausbildung**.

Karin Wolff betonte den identitätsstiftenden Charakter von Musik: Sie beinhalte rationale und emotionale Faktoren und gebe die Möglichkeit zur Gemeinschaftsbildung. Als für jeden verständliche Ausdrucksform eröffne sie außerdem die Chance zu interkultureller Bildung und Verständigung.

Ob auch für das Fach Musik, in Anlehnung an die Hauptfächer, einheitliche Bildungsstandards durch die KMK formuliert werden, sei noch offen. Standards hingen nämlich unmittelbar von der Lehrerbildung ab. Insbesondere an Grundschulen müsse dem gängigen Prinzip des Musikunterrichts durch fachfremde Lehrkräfte da-

durch begegnet werden, dass auch diese Lehrer fachspezifisch weiter gebildet würden.

Die Vertreter der Musikwirtschaft forderten eine Überprüfung der Inhalte des Musikunterrichts. Wichtig sei eine verstärkte Einbeziehung moderner Musik. Nur indem man die Schüler durch populäre Musik an das Thema heranführe, könne ein weiterführendes Interesse an Hintergründen geweckt werden. Entscheidend für Qualität sei auch die Freude an der Sache, die momentan zu häufig auf der Strecke bliebe.

Weiterhin wurden der Beginn musikalischer Erziehung bereits im Kindergarten, bundeseinheitliche Lehrpläne und besser qualifizierte Erzieher und Lehrer gefordert. Vor allem wiesen die Vertreter der Musikwirtschaft darauf hin, dass eine verstärkte Beschäftigung mit Musik auch positive Auswirkungen auf das Sozialverhalten von Jugendlichen habe.



Steffen Kampeter



Karin Wolff

In Hessen seien, so Wolff, erste Schritte bereits getan: Spezielle Musikklassen, der Wettbewerb „Schulen musizieren“, Kooperationen zwischen Schulen und Musikschulen oder sogar mit dem Orchester des Hessischen Rundfunks sollen für eine stärkere musische Komponente in der Schulbildung sorgen. An dieser Stelle seien auch Verbände, Vereine und die Musikwirtschaft gefordert, sich als externe Partner den Schulen zur Seite zu stellen.

Musik sei nach wie vor die beliebteste Freizeitbeschäftigung von Jugendlichen, in der Schule gehöre der Musikunterricht aber zu den unbeliebtesten Fächern. Um die musikalische Kultur in Deutschland nachhaltig zu stärken, müsse sich das ändern. Darin waren sich alle Teilnehmer des Dialogforums einig.

KATHERINA REICHE:

## Die SPD-Innovationsoffensive: leere Versprechen ohne Substanz

Zum Jahresbeginn hat der SPD-Bundesvorstand die „Weimarer Leitlinien – Innovation“ beschlossen. Sie sollen vom Versagen in der Wirtschafts-, Finanz- und Forschungspolitik ablenken und sind ein Sammelsurium von Altbekanntem, ungedeckten Schecks, Worthülisen und Ideologie.

Die SPD will Eliteuniversitäten schaffen, sie will Harvard in Deutschland. Tausende von Studenten sind auf der Straße, weil Mittel für die Hochschulen fehlen. Im Bundeshaushalt 2004 hat die Bundesregierung gerade erst 135 Mio. € für den Hochschulbau gestrichen. Wer Harvard will, der muss auch Harvard-Bedingungen schaffen. Dies bedeutet: Recht auf Auswahl der Studierenden, Recht auf die Erhebung von Studienbeiträgen und mehr Freiheiten bei der leistungsbezogenen Besoldung von Professoren und Dozenten. Genau dies verweigert die SPD.

Die SPD will die Forschungsausgaben von derzeit knapp 2,5 auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes erhöhen. Alle EU-Staaten haben sich schon 2002 dazu verpflichtet.



Getan hat die Bundesregierung seitdem das Gegenteil. 2003 gab es eine Nullrunde für die großen Forschungsorganisationen, 2004 wird der Haushalt des BMBF um eine Viertel Mrd. € gekürzt. Betroffenen sind neben den Hochschulen vor allem Zukunftsbereiche, wie Nanotechnologie, Genomforschung, moderne optische Verfahren. Hilflös präsentiert sie jeden Tag neue unüberlegte und untaugliche Vorschläge. Einmal will sie die Erbschaftssteuer erhöhen, dann die Goldreserven verkaufen und am nächsten Tag die Autobahnen privatisieren. Ein seriöses Finanzierungskonzept fehlt.

**Zudem will die SPD:** ■ **Bildungsstandards:** zu spät! Die Kultusministerkonferenz hat sie schon beschlossen. ■

**die Ausbildungsabgabe:** kein Jugendlicher erhält dadurch einen Ausbildungsplatz in einem Unternehmen, stattdessen werden die Betriebe belastet ■ **einen Innovationsrat:** die Bundesregierung hat schon in der letzten Legislaturperiode einen eingerichtet. Ergebnisse gibt's keine.

**Ein Blick zurück zeigt:** SPD Innovationskampagnen sind unglaublich. Mit dem Slogan „Innovation und Gerechtigkeit“ hat die SPD 1998 den Wahlkampf geführt. Versprochen war die Verdoppelung der Forschungs- und Bildungsinvestitionen in fünf Jahren. Herausgekommen ist mit mageren 20% in etwa der Inflationsausgleich. Schlimmer noch: die Rahmenbedingungen für Forschung und Innovation wurden verschlechtert: Ausbremsung der grünen Gentechnik, Verzögerung der Betriebsgenehmigung des Forschungsreaktors München II mit täglichen Kosten von 125 000 Euro, faktische Beerdigung des Transrapid in Deutschland, keine Standortbewerbung bei internationalen Anlagen der Spitzenforschung wie ITER oder ESS. Also: viel Lärm um nichts.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

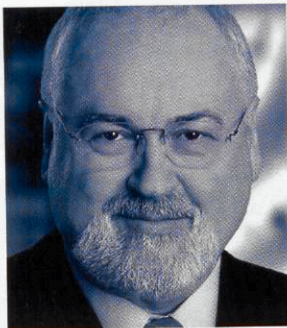
## „Wir sind gut aufgestellt.“

**Die schleswig-holsteinische CDU hat erste Weichen für eine Übernahme der Regierungsverantwortung bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr im nördlichsten Bundesland gestellt,**

Als Leiter seines Wahlkampfstabes stellte der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, Peter Harry Carstensen den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Klaus Schlie vor. „Klaus Schlie ist zuständig für die strategische Wahlkampfplanung sowie für die Koordination der Zusammenarbeit zwischen Landespartei, Landtagsfraktion, Landesgruppe im Bundestag und unserer Werbeagentur McCann-Erickson.“

Ab Sommer werde er damit beginnen, Schritt für Schritt die Mitglieder seines Kompetenzteams vorzustellen. „Bis dahin sind alle Namensnennungen Spekulation – mit Ausnahme von Dietrich Austermann, den ich fest bei einer zukünftigen Kabinettsbildung einplane“, so Carstensen.

Im Februar falle der Startschuss für seine Berei-



sung aller 15 Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein. „Ich will mit den Menschen reden, mich um ihre Sorgen und Probleme kümmern und für einen Politikwechsel werben. Auch die CDU wird kein Füllhorn mit Wohltaten für die Menschen in unserem Land ausschütten. Aber wir werden unsere Politik nicht von oben herab verkünden, sondern gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln. Ich will für Verständnis werben hinsichtlich notwendiger Einschnitte, ohne die Schleswig-Holstein nicht vorankommt.“

Der Startschuss für den Wahlcountdown falle am 27. und 28. Februar auf einer gemeinsamen Strategietagung von Partei, Fraktion, Landesgruppe im Bun-

destag und den Europaabgeordneten. Carstensen: „Wir wollen 359 Tage vor der Landtagswahl in Ahrensburg über unsere Strategie beraten und die Inhalte abstecken. Als Gäste kündigte Carstensen Edmund Stoiber und Christian Wulff an. Mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten werde er eine Vertiefung der norddeutschen Kooperation beraten. Als Beispiele für die weitere norddeutsche Zusammenarbeit nannte Carstensen u.a. eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik, eine weitgehende Zusammenarbeit im Bereich der Straßenbauverwaltung und eine einheitliche Wirtschaftsförderungspolitik. „Dies schafft uns Vorteile im europaweiten Wettbewerb der Regionen – und die hat Schleswig-Holstein bitter nötig.“

Im Rahmen der Vorbereitung des Landtagswahlkampfes stellte der Spitzenkandidat Peter Harry Carstensen den bisherigen Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landesverbandes, Henning Görtz als seinen neuen Pressesprecher vor.

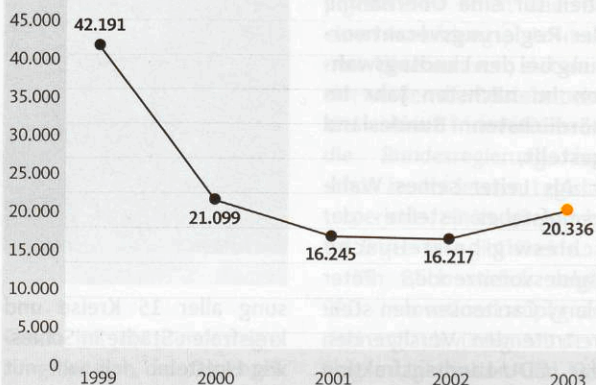
# Mitgliederwerbung: 2003 über 20.000 neue Mitglieder!

Die Mitgliederkampagne der CDU trägt erste Früchte: 2003 konnten wir 20.336 neue Mitglieder begrüßen, das ist der beste Wert seit 2000.

Es zeigt sich: Die CDU kommt an. Die Menschen wissen: Es muss sich etwas ändern. Dies geht nur mit gemeinsamen Anstrengungen! Die CDU hat überzeugende Konzepte und ist vor Ort präsent. Da lohnt sich das Mitmachen, da kann man etwas bewegen.

Dank des Einsatzes der zahlreichen Botschafter, Ortsverbände und Kreisverbände konnte die CDU die Zahl der Neueintritte gegenüber dem Vorjahr um über 4.000 steigern. Und dies, obwohl die Kampagne erst zum 1. Juli 2003 gestartet wurde. Zwar sank die Zahl der Mitglieder im vergangenen Jahr leicht um 7.147 auf 587.244, doch ist eine deutliche Konsolidierung erkennbar. Nun muss darum gehen, eine Trendwende zu erreichen, damit wir endlich wieder eine positive Mitgliederentwicklung haben. Gerade in diesem wichtigen Wahljahr wäre dies eine gute Nachricht!

Anzahl der Neumitglieder in der CDU seit 1999:



## Desaster für die SPD!

Ganz anders sieht es bei der SPD aus. Allein im vergangenen Jahr haben über 38.000 Genossen dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder den Rücken gekehrt und sind ausgetreten. Und nur 10.829 neue Mitglieder haben zur SPD gefunden. Die SPD hatte zum 31. 12. 2003 über 43.000 weniger Mitglieder als im Jahr zuvor – das war der dramatischste Mitgliederverlust der SPD seit Beginn der Bundesrepublik! Es zeigt sich deutlich: Die Menschen ha-

ben genug von der SPD – sie hat abgewirtschaftet!

## Weitermachen – es lohnt sich!

Im März wird eine Bilanz gezogen, damit die erfolgreichsten Verbände und Botschafter rechtzeitig vor der Europawahl ausgezeichnet werden können. Aber die Kampagne läuft weiter. Jedes neue Mitglied ist ein weiteres Mosaiksteinchen für unseren Kampf in Blick auf die Bundestagswahl 2006. Daher die Bitte: Werben Sie neue Mitglieder – es lohnt sich!



### Deutschland hinter Zypern:

In dem angesehenen Index of Economic Freedom, das im Jahresrhythmus die wirtschaftliche Freiheit in 155 Ländern auf einer Skala von 1 („frei“) bis 5 („unterdrückt“) misst, erzielt Deutschland einen Wert von 2,03 und liegt damit hinter Hongkong, Singapur und Zypern. Schlechte Noten erhält Deutschland vor allem für seine hohe Steuer- und Abgabenbelastung.

### 35.600 Jugendliche ohne Lehrstelle.

Von den zu Beginn des Ausbildungsjahres (1. Oktober) vorliegenden Bewerbungen waren zum Jahresende 2003 noch 16.300 ohne Lehrstelle. Hinzu kommen 19.300 Bewerber, die sich im Laufe des letzten Quartals neu gemeldet haben und bis zum 31.12.2003 nicht vermittelt werden konnten. Den insgesamt 35.600 Lehrstellensuchenden standen zum Jahresende 8.800 gemeldete Ausbildungsplätze gegenüber.

### Deutschland auch bei Geburtenrate Schlusslicht:

Deutschland hat 2003 unter den 15 EU-Mitgliedstaaten die geringste Geburtenrate verzeichnet. Mit 8,6 Lebendgeburten je 1000 Einwohner stand Deutschland am Ende der Statistik, wie Eurostat mitteilte.

### Mehrheit für zweckgebundene Studiengebühren:

In einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und des Centrums für Hochschulentwicklung sprachen sich 59% der Studierenden und 67% der Gesamtbevölkerung für eine Semestergebühr von 500 Euro aus. Bedingung: Das Geld muss direkt der Uni zugute kommen und ein Darlehen aufgenommen werden können, das erst nach Studienende zu zurückzahlen sei.

### Frauenanteil im Arbeitsmarkt hat sich leicht erhöht:

Im Durchschnitt waren 2003 von den rund 38,3 Mio. Erwerbstätigen 46,9% (17,9 Mio.) Frauen. Damit lag der Frauenanteil um 0,4 Prozentpunkte höher als im Jahr 2002, teilte das Statistische Bundesamt mit. Die meisten erwerbstätigen Frauen (83,3%) arbeiteten in den Dienstleistungsbranchen wie Handel, Gastgewerbe oder Verkehr.

### Siebenmillionste .de-Domain erwartet:

Die Zahl der registrierten Internet-Adressen mit der Endung „.de“ wird im Januar 2004 erstmals von derzeit 6.952.000, die Schwelle von 7 Mio. überschreiten. Allein seit Dezember 2002 konnte

die deutsche ccTLD (country code Top Level Domain) damit um knapp eine Million Domains zulegen. Den Löwenanteil unter allen Top Level Domains haben die .com-Domains (commercial) mit rund 25 Millionen.

### Gewerkschaften verlieren Mitglieder:

Der deutsche Gewerkschaftsbund hat von 1991 bis 2002 rund ein Drittel seiner Mitglieder verloren. Nach der Wiedervereinigung seien rund 11,8 Mio Menschen in einer Gewerkschaft organisiert gewesen. 2002 nur noch 7,7 Mio., teilte das Institut der deutschen Wirtschaft mit. Das entspricht einem Rückgang von 34,8%.

### Mythos EU – Viagra for free:

Ahnten Sie bereits, EU-Beamte ihre Viagra-Pillen erstattet bekommen? Oder dass Schweine gemäß EU-Recht Anspruch auf Spielzeug im Stall haben? Wußten Sie nicht? Stimmt auch nicht – stand aber so oder so ähnlich in verschiedenen Zeitungen. Um dieser modernen Mythenbildung in Europa entgegenzuwirken, hat die europäische Kommission einige der Zeitungsenten zusammengestellt und stellt diese richtig: [http://europa.eu.int/comm/dgs/press\\_communication/facts/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/dgs/press_communication/facts/index_en.htm)

## Bevölkerungsschutz

Bevölkerungsschutz soll im Rahmen eines nationalen Sicherheitssystems eine höhere Bedeutung bekommen. In einem Gesetzentwurf (15/2286) schlägt die Bundesregierung deshalb die Schaffung eines Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vor, dem Zuständigkeiten des Bundes nach dem Zivilschutzgesetz übertragen werden. Den Kern des neuen Bundesamtes bilde die Zentralstelle für Zivilschutz im Bundesverwaltungsamt, heißt es.

## Militärischer Abschirmdienst

Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP hat der Bundestag eine Änderung des Gesetzes über dem Militärischen Abschirmdienst (15/1959) beschlossen. Er folgte damit einer Beschlussempfehlung des Verteidigungsausschusses (15/2274). Die CDU/CSU votierte gegen das Gesetz. Die CDU/CSU-Fraktion begründete ihre Ablehnung damit, für sie bestehe der Hauptmangel darin, dass die Tätigkeit der MAD-Mitarbeiter auf die Liegenschaften

der Bundeswehr im Ausland beschränkt bleiben müsse. Daher bestehe keine Möglichkeit, auf einheimische Quellen zurückzugreifen. Dadurch hätten sie keine Möglichkeit, durch bessere Aufklärung einen besseren Schutz der Soldaten zu erreichen.

## Informationsgesellschaft

Die Bundesregierung will die Position Deutschlands bei der Verbreitung und Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) in den kommenden Jahren verbessern. Das geht aus einer entsprechenden Unterrichtung der Regierung über das Aktionsprogramm Informationsgesellschaft Deutschland 2006 (15/2315) hervor.

## Rüstungsexport

Die Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern aus Deutschland sind im Jahre 2002 zurückgegangen. Dies teilt die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2002 (15/2257) mit. Einen Rückgang um zwölf Prozent im

Vergleich zu 2001 verzeichnet der Bericht bei speziellen Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter. Insgesamt seien im Jahre 2002 Genehmigungen im Wert von etwa 3,3 Milliarden Euro erteilt worden.

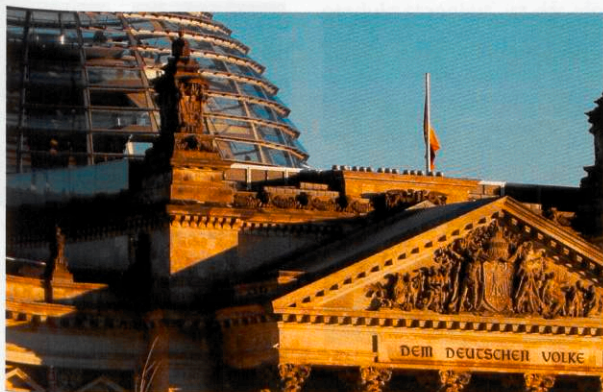
## Stabilitäts- und Wachstumspakt

Die Europäische Kommission will die Funktion des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes überprüfen und an den wirtschaftlichen Realitäten ausrichten. Dies berichtete Eckart Guth, Vertreter des Generalsekretariats der EU-Kommission bei der Vorstellung des Strategieprogramms der Kommission für die Jahre 2004 bis 2006 am 14. Januar im Europaausschuss.

## Klon-Verbot

Die CDU/CSU scheiterte mit einem Antrag (15/301), jede Art des Klonens menschlicher Embryonen weltweit zu verbieten. Koalition und FDP stimmten gegen die Initiative. Nach Ansicht der Union ist jedes Herstellen menschlicher Embryonen durch Zellkernübertragung in eine





entkernte Eizelle (Klonen) unabhängig von der dazu benutzten Technik und vom damit verfolgten Zweck unvereinbar mit der universell gültigen Menschenwürde.

### Tourismus

Die Bundesregierung erwartet von der EU-Osterweiterung Impulse für den Tourismus. Dies erklärt sie in ihrer Antwort (15/2237) auf eine Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/1267). Die zunehmende wirtschaftliche Integration zwischen West- und Osteuropa werde auch den Geschäftsreiseturismus beleben. Die Deutsche Zentrale für Tourismus rechnet der Antwort zufolge bis 2005 mit einem Volumen von rund 5,6 Millionen Reisen aus den acht osteuropäischen Beitrittsländern.

### Technikfolgenabschätzung

Die Einrichtung eines speziellen, mit Nachhaltigkeits- oder Zukunftsfragen befassten parlamentarischen Gremiums hat das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) in einem Sachstandsbericht (15/2129) vorgeschlagen. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die frühere Enquete-Kommission des Bundestages zum „Schutz des Menschen und der Umwelt“ zwar einen herausragenden Beitrag zur Nachhaltigkeitspolitik geleistet habe, dass aber das Potenzial des Parlaments im Blick auf die Langzeit- und Querschnittsaufgabe „nachhaltige Entwicklung“ noch nicht ausgeschöpft sei.

### Bundesanstalt für Arbeit

Der Bundesfinanzminister hat im Dezember 2003 der Bundesanstalt für Arbeit einen weiteren Zuschuss von 3,3 Milliarden Euro bewilligt. Dies geht aus einer Unterrichtung an den Haushaltsausschuss durch das Finanzministerium hervor. Damit betrug der Bundeszuschuss im vergangenen Jahr insgesamt 6,8 Milliarden Euro, da im Mai schon einmal eine überplanmäßige Ausgabe von 3,5 Milliarden Euro bewilligt worden war.

### Lebensmittelüberwachung

Die Koalitionsfraktionen fordern die Bundesregierung in einem Antrag (15/2339) auf, die amtliche Lebensmittelüberwachung zu verbessern, um die Lebensmittelsicherheit im Sinne eines Verbraucherschutzes zu verbessern. Hierzu solle die Regierung für den einheitlichen Vollzug der maßgeblichen rechtlichen Vorgaben sorgen und im Bereich der staatlichen Kontrolle die Kontrollen so erhöhen, dass die Überprüfungen auch verstärkt präventiv wirken.

## Maßnahmen-Mix gegen Schwarzarbeit

### Erklärung zu den Plänen des Bundesfinanzministeriums zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die Schattenwirtschaft ist ein stark wachsender „Wirtschaftszweig“. 1998 soll der geschätzte Umsatz noch 280 Mrd. Euro betragen haben, 2003 soll er schon auf 370 Mrd. angewachsen sein. Das ist eine Steigerung von 32% in sechs Jahren. Die schattenwirtschaftlich erarbeitete Wertschöpfung erreichte damit im Jahr 2003 etwa 16% des BIP. Durch die Schattenwirtschaft gehen Steuern und Sozialabgaben in enormer Höhe verloren. Die Volkswirtschaft wird in unverantwortbarer Weise geschädigt. Gleichwohl ist Schwarzarbeit nach aktuellen Umfragen ein Kavaliersdelikt. Fast jeder Zweite in Deutschland kann sich vorstellen, selbst mal schwarz zu arbeiten, wenn sich eine Gelegenheit ergäbe.

Wachstum und Auswirkungen der Schattenwirtschaft machen deutlich, dass sie eingedämmt werden muss. Das Übel wird wegen der zahlreichen Ursachen nicht nur mit einer Maßnahme – wie z.B.



Michael Meister

der Senkung der Steuer- und Abgabenlast – beseitigt werden können. Legale Minijobs waren unter Steuer- und Abgabengesichtspunkten „so günstig wie noch nie“. Auch der bürokratische Aufwand hält sich in Grenzen. So fallen beispielsweise für eine Reinigungskraft im privaten Haushalt 12% Steuern und Sozialabgaben an, die im Rahmen des Haushaltsscheckverfahrens abgeführt werden können. Außerdem gewährt das Finanzamt eine Ermäßigung der Einkommensteuer.

Ebenso wenig werden die vom Bundesfinanzministerium erwogenen Maßnahmen die Schattenwirtschaft nachhaltig eindämmen können. Diese Maßnahmen setzen in unverhältnismäßiger Weise auf Repression und werfen zudem eine Reihe von Fragen auf. Fraglich ist z.B., ob der Gesetzentwurf geeignet ist,

das Unrechtsbewusstsein in der Bevölkerung zu verändern, ob der Einstieg in den Aufbau einer „Bundes-Strafverfolgungsbehörde“ mit einer unüberschaubaren Vermischung von Bundes- und Landekompetenzen sinnvoll und zulässig ist, ob die engen rechtsstaatlichen Voraussetzungen für das Betreten von Räumen und das Feststellen persönlicher Angaben vorliegen und ob nicht die Pflicht zur Rechnungsausstellung zu einer neuen, unnötigen Bürokratielle führt.

Die Eindämmung der Schattenwirtschaft wird nur bei einem richtigen Mix an präventiven und repressiven Maßnahmen gelingen. Dieser Mix ist von der Bundesregierung bislang nicht gefunden worden.

**Michael Meister** ist finanzpolitischer Fraktionssprecher.

## Rot-Grünes Chaos bei Schwarzarbeitsregeln

### Standpunkt zu der geplanten Verschärfung der Schwarzarbeitsregeln:

Wieder einmal herrscht rot-grünes Chaos. Während Bundesfinanzminister Eichel weiterhin plant, in privaten Haushalten durchgeführte einfache Hilfsarbei-





Hartmut Schauerte



Otto Bernhardt

produkt stagniert, ist das ein eindeutiges Zeichen dafür, dass für viele Menschen die Schattenwirtschaft schlichtweg ein Notventil und ein stiller Protest gegen staatliche Bürokratie und erdrückende Abgabenlast darstellt.

Auch die kollektive Verringerung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit hat die Ausweitung der Schattenwirtschaft begünstigt. Es erstaunt kaum, dass seit Einführung der Viertagewoche bei VW in Wolfsburg die Umsätze der Baumärkte in der Region überdurchschnittlich gestiegen sind.

Bundesfinanzminister Eichel plant eine neue Superbehörde, in der 7.000 Zöllner an 113 Standorten in Deutschland illegal arbeitende Putzfrauen und ihre Auftraggeber aufspüren sollen. Statt zur Förderung des Denunziantentums sollten die damit verbundenen Einführungskosten von 300 Millionen Euro besser für sinnvolle Aufgaben genutzt werden.

Wir brauchen keine Kriminalisierung privater Haushalte, sondern endlich eine nachhaltige Senkung der Lohnzusatzkosten. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob es auch privaten Haushalten gestattet werden sollte,

Sozialversicherungsbeiträge von der Steuer abzusetzen. Nur durch die Schaffung eines unbürokratischen, legalen Niedriglohnssektors mit geringer Abgaben- und Steuerlast kann die Schwarzarbeit effektiv bekämpft werden. Statt hinter jeden Bürger einen Kontrolleur zu stellen, sollte Rot-Grün endlich die Ursachen bekämpfen. Schwarzarbeit sinkt erst dann, wenn sich legale Arbeit endlich wieder lohnt.

**Hartmut Schauerte** ist mittelstandspolitischer Fraktionssprecher, **Otto Bernhardt** ist Wirtschaftsexperte in der Bundestagsfraktion.

## Spammen ist strafwürdig

### Erklärung zu der Behandlung unverlangt zugesandter Werbemails in der UWG-Novelle:

Der Versand von Werbemails ist keine bloße Belästigung, sondern schädigt die Volkswirtschaft nachhaltig. Spam kostet die Unternehmen allein in der EU jährlich zehn Milliarden Euro an verlorener Arbeitsproduktivität – die Sortierung und Beseitigung der Müll-Mails bindet Arbeitskraft.

Die Bundesregierung bleibt tatenlos: In der No-

ten als Straftat zu ahnden, rudert die Justizministerin Zypries bereits zurück und die GRÜNEN diskutieren über Bagatellschwellen.

Wer haushaltsnahe Tätigkeiten als Straftat ahnden will, der kuriert im günstigsten Fall an den Symptomen, ohne deren Ursache zu beseitigen. Würden Arbeiten wie das Putzen der Wohnung, Einkaufs- und Nachbarschaftshilfen, einfache Pflegedienste oder Hilfstätigkeiten im Garten durch Kriminalisierung und drastische Strafen tatsächlich unattraktiv, kommt es nicht automatisch zu mehr Dynamik in der offiziellen Wirtschaft. Dazu sind die Bruttolöhne in diesem Sektor aufgrund der großen Steuer- und Abgabenlast viel zu hoch und die Rahmenbedingungen aufgrund massiver staatlicher Reglementierung viel zu unattraktiv.

Wenn die Schwarzarbeit seit vielen Jahren mit zweistelligen Raten wächst, während das offizielle Sozial-



velle des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb will sie den Versand von Massenmails nicht strafrechtlich sanktionieren. Offensichtlich ist der Regierung nicht bewusst, dass sich die Zahl der täglich versandten spam-mails alle 6 Monate verdoppelt. Während im Jahr 2000 nur ca. 8 % der mails spam waren, sind jetzt schon mehr als die Hälfte der mails Müll. Das hat dramatische Folgen: Der Schaden für die deutsche Wirtschaft wächst täglich – und die Regierung schaut zu.

Die Strafbarkeit liefe auch nicht leer: Nach Angaben der Fachzeitschrift „Technology Review“ versenden weniger als 200 Personen 90 % des spams. Diese 200 Täter könnten durch internationale Zusammenarbeit zur Verantwortung gezogen werden. Die Bundesregierung muss endlich lernen, dass die Verfolgung von spam ein Problem der Verbrechensbekämpfung ist! Wer Verbraucher, Netzbetreiber und Unternehmen vorsätzlich schädigt, muss strafrechtlich verantwortlich gemacht werden!

Selbstverständlich wird die Strafbarkeit allein dem spam-Unwesen nicht den Garaus machen können – hierzu bedarf es ergänzend



Martina Krogmann

Filter-Software und evtl. Modifikationen des Protokoll-Standards von e-mails (SMTP). Dies kann aber kein Argument gegen die Strafbarkeit sein: Niemand käme auf die Idee, Einbrüche nicht mehr strafrechtlich zu verfolgen, nur weil es Schlösser und Alarmanlagen gibt.

Der Bundesregierung mangelt es völlig am Problembewusstsein: Die zivilrechtlichen Ansprüche gegen spammer im UWG-Entwurf sind in etwa so sinnvoll wie ein Schadensersatzanspruch gegen einen – im übrigen straflos bleibenden – Einbrecher!

Die fehlende Kompetenz der Bundesregierung darf die Wirtschaft nicht länger schädigen!

**Martina Krogmann** ist Internet-Beauftragte und Berichterstatterin für Telekommunikation der Bundestagsfraktion.

## SERVICEPUNKT

### ■ CI-Prozess: Neue Schrift eingetroffen.

Die neue Hausschrift (FF Kievit) der CDU-Deutschlands ist eingetroffen. Die Schrift steht für PC-Anwendungen in vier verschiedenen Fonts im CDUNET zum Download zur Verfügung. Dort finden Sie auch eine entsprechende Installationsanweisung.

Die CDU verfügt über eine sog. Unternehmenslizenz. Somit können Sie die Schrift auf allen PC's innerhalb der CDU und den Vereinigungen installieren. Für Macintoshanwendungen sowie bei allen rund um die neue CI auftretenden Fragen wenden Sie sich bitte an [ci@cdu.de](mailto:ci@cdu.de).

In den kommenden Tagen werden die Bundesgeschäftsstelle den Landes- und Kreisgeschäftsstellen auch noch ein „offline“ Paket (CD-Rom, Broschüre, Farbskalen) zusenden.

Für weitere Informationen zum neuen Erscheinungsbild der CDU (Logos, Homepage und Printprodukte) besuchen Sie bitte das CI-Portal im Internet unter <http://www.ci.cdu.de>



# Beschlüsse des 17. Parteitages in Leipzig 2003

## Deutschland fair ändern.

Ein neuer Generationenvertrag für unser Land.  
Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme + Anlage Fragen und Antworten zum Beschluss „Deutschland fair ändern.“

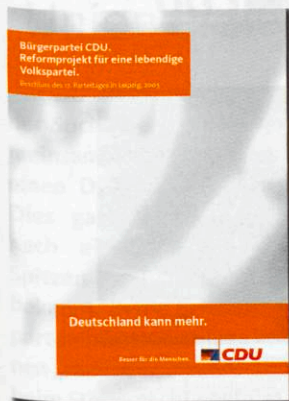
Bestell-Nummer: **5097**  
Preis je 25 Stück: **37,00 €**  
inkl. MwSt.: 39,59 €



## Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland

+ Anlage Fragen und  
Antworten zum Steuer-  
konzept der CDU.

Bestell-Nummer: **5098**  
Preis je 25 Stück: **16,50 €**  
inkl. MwSt.: 17,65 €



## Bürgerpartei CDU.

Reformprojekt für eine  
lebendige Volkspartei.

Bestell-Nummer: **5096**  
Preis je 25 Stück: **28,00 €**  
inkl. MwSt.: 29,96 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162,33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## Die neue Wandzeitung

Vernichtet durch Rot-Grün:  
630.000 Stellen in zwei Jahren!

ARBEITSPLATZ



[www.projekt-wirtschaftswachstum.de](http://www.projekt-wirtschaftswachstum.de)

Besser für die Menschen.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Info-stand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

Viel bewegen. Mitglied werden.



Gleichzeitig mit ausgeliefert wird die auf das neue CI umgestellte Wandzeitung für die Kampagne „Mitgliederwerbung“.